



Nächster wichtiger Schritt für praxistaugliche EU-Agrarpolitik

EU-Agrarrat entscheidet über GAP – Bauernpräsident Heidl stärkt Aigner den Rücken

München (bbv) – Die 27 EU-Agrarminister kommen am 19. und 20. März zusammen, um ihre Verhandlungsposition zur künftigen EU-Agrarpolitik (GAP) zu beschließen. Danach stehen in Brüssel die entscheidenden Verhandlungen mit dem EU-Parlament und EU-Agrarkommissar Ciolos an. „Ich setze darauf, dass Bundesministerin Aigner im Agrarrat die Anliegen der bayerischen und deutschen Bauernfamilien durchsetzen kann“, erklärt Walter Heidl, Präsident des Bayerischen Bauernverbandes. Heidl fordert Aigner auf, sich für eine praxistaugliche Ausgestaltung des Greenings einzusetzen und zusätzliche Kürzungen bei den Betriebsprämien der Bauern zu verhindern. So müsse sich der Agrarrat zum Beispiel gegen die, von der EU-Kommission vorgeschlagene Leistungsreserve bei der zweiten Säule aussprechen. Sie würde die Mittel in den einzelnen Mitgliedstaaten noch weiter einschränken. „Die EU-Mittel für die Ausgleichszulage, Agrarumweltmaßnahmen und Investitionsförderung müssen vollständig zur Verfügung stehen“, erläutert Heidl.

Bei den Beratungen zur EU-Agrarpolitik bis 2020 geht es um wichtige Weichenstellungen für alle Bauernfamilien in Bayern – und damit für über 750.000 Menschen im ländlichen Raum. „In Bayern hat sich das Baukastensystem mit erster und zweiter Säule bewährt. Nur so ist eine differenzierte Unterstützung für die unterschiedlichen Betriebe und Regionen möglich“, sagt Heidl. Durchschnittlich werde eine bayerische Bauernfamilie mit Direktzahlungen von rund 10.000 Euro unterstützt. Sie stellen einen Ausgleich für die öffentlichen Leistungen der Landwirtschaft dar. Betriebe, die in benachteiligten Regionen oder den Berggebieten wirtschaften, erhalten eine spezielle Ausgleichszulage. Bauern, die freiwillig besondere Umweltleistungen erbringen, bekommen darüber hinaus eine Honorierung dieser Zusatzleistungen. „Ich setze mich für die Menschen ein, die von der Landwirtschaft leben wollen und täglich hart arbeiten“, sagt Heidl. Er könne nicht nachvollziehen, dass andere Organisationen und Umweltverbände weitere Kürzungen und zusätzliche Auflagen fordern. Die Rolle der Direktzahlungen als wichtige Grundsicherung in einer von volatilen Märkten bestimmten Landwirtschaft werde dagegen nicht berücksichtigt. „Die EU-Agrarpolitik sichert rund 50 Prozent der Einkommen auf Bayerns Höfen. Letztlich greifen diese Kritiker den bayerischen Familienbetrieben in den Geldbeutel und fordern weitere Auflagen und zusätzliche Bürokratie“, sagt Heidl.